

Newsletter– Ausgabe Nr. 5

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf diesem Wege möchten wir uns bei allen Kreisvorständen, Rats- und Kreistagsfraktionen des Ruhrgebietes und dem Landesvorstand DIE LINKE. NRW für die Zusammenarbeit in 2016 ganz herzlich bedanken. Ohne den Austausch mit Euch wäre unsere Arbeit in den Ausschüssen und in der Verbandsversammlung nicht so erfolgreich gewesen. Diese Zusammenarbeit wollen wir gerne fortsetzen! 2017 wird der Entwurf des neuen Regionalplans Ruhr und das Konzept für die Umsetzung der Internationalen Gartenschau 2027 vorliegen, im Sommer soll die neue Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr gegründet werden – es gibt also wieder viele Aufgaben und Kooperationsmöglichkeiten.

In dem Sinne wünschen wir Euch schöne Feiertage und eine guten Rutsch ins Neue Jahr, verbunden mit den besten Wünschen für eine gute Zusammenarbeit in 2017

Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz und Fraktion

Bei der letzten Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) am 9.12.2016 war der Beschluss über den Haushalt des RVR für 2017 die wichtigste Entscheidung. Unsere Fraktion hat den Haushalt abgelehnt. Näheres dazu findet ihr im ersten Bericht in der aktuellen Ausgabe des Newsletters.

Die Themen des Newsletters im Überblick:

Neuigkeiten aus der 11. Verbandsversammlung

Was man mit 3 Mio. € alles machen könnte – Unsere Anträge zum Haushalt	Seite 1
Pflege des Emscher Landschaftspark für weitere 10 Jahre gesichert	Seite 2
Einigkeit über den Erhalt der Route der Industriekultur	
Nahverkehrspläne der Stadt Oberhausen und des Ennepe-Ruhr-Kreises verbessern	
Radschnellweg 1 – Hier geht's nicht nur um schnelles Fahren per Rad	
Zu wenig ESF-Mittel flossen von 2007-2013 in das Ruhrgebiet	Seite 3

Außerdem ...

Radwegebau an bestehenden Landstraßen – wo eigentlich im Ruhrgebiet?
Was steht bei der Krankenhausplanung eigentlich im Vordergrund? – Beispiel Gladbeck

Einige Pressemitteilungen...

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung vom 9. Dezember 2016

Was man mit 3 Mio. € alles machen könnte – Unsere Anträge zum Haushalt

Im Vergleich zu den Haushalten seiner Mitgliedskommunen hat der RVR-Haushalt eine überschaubare Größe von 90,6 Mio. Euro. Erstmals seit 10 Jahren erfolgt eine Erhöhung des Umlagehebesatzes um 0,022 %. Damit steigt das Umlagevolumen um 3,85 Mio. Euro. Mit Blick auf die Verwendung der Gelder für Projekte, die allen Mitgliedskommunen zugutekommen, halten wir die Anhebung für gerechtfertigt. Ein Beispiel ist die Übernahme des Geo-Datennetzwerkes durch den RVR. Das zentrale Portal führt bei Kosten von 345.000 Euro zu Mehrwerten von bis zu 4,8 Mio. Euro in der Region.

Unser Nein zum Haushalt 2017 heißt vor allem Nein zur Verausgabung von 4 Mio. Euro allein in diesem Jahr aus den Rücklagen des Verbandes für die Standortmarketingkampagne, dem Prestigeprojekt von CDU, SPD und Grüne aus dem letzten Jahr. Diese 4 Mio. Euro kann man aus unserer Sicht sinnvoller

und nachhaltiger investieren. So haben wir die Verwendung von 3 Mio. Euro aus dem Budget für folgende Projekte beantragt:

- Start einer „Offensive für eine moderne Verwaltung“, um die Zahl der Ausbildungs- und Bachelorstudien-Stellen und die Übernahme der Azubis auf mindestens zwei Jahre zu erhöhen sowie die qualifizierte Betreuung der Ausbildung zu verbessern.
- Umsetzung der bereits im letzten Jahr beschlossenen Sozialkonferenz mit einem Budget von 100.000 Euro. Gemeinsam mit den Kommunen sollen Strategien und Projekten zur Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Region erarbeitet und diskutiert werden.
- Erstellung einer Studie zur Integration von Flüchtlingen gemeinsam mit den Hochschulen der Region, um den Städten bei der Erarbeitung von Integrationskonzepten unter den Bedingungen des Ruhrgebietes zu helfen. Klare Konzepte für die Integration sind auch klare Antworten, um den Rassist*innen von der AfD Einhalt zu gebieten.
- Stärkere finanzielle Förderung der Interkultur, der freien Kulturszene sowie regionaler Sportereignisse, die weitere Vergabe des Literaturpreises Ruhr, die Arbeit an einem Konzept für ein Europäisches Literaturhaus Ruhr
- die Anschaffung dringend nötiger Maschinen für den Forstbereich (allein über 600.000 Euro) sowie
- die Erhöhung des Investitionsfonds für die Freizeitgesellschaften um 1 Mio. Euro.

Da die XXL-Koalition von CDU, SPD und Grünen vier unserer Anträge geklaut und als „ihre“ Anträge neu eingebracht hat, werden nun immerhin 250.000 Euro mehr in die Sanierung der Freizeitgesellschaften und 130.000 Euro mehr in die Förderung der Regionalen Kunst, des Projektes Interkultur und die Vergabe des Literaturpreises fließen. (Die Haushaltsrede ist im Manuskript auf unserer Internetseite veröffentlicht.)

Pflege des Emscher Landschaftspark für weitere 10 Jahre gesichert

Nach längeren Verhandlungen mit dem Land liegt nun endlich der Entwurf des neuen Vertrages zum Emscher Landschaftspark vor, dem wir zugestimmt haben. In den nächsten zehn Jahren werden weiterhin 2,5 Mio. Landesmittel in die Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung des Parks fließen. Neu aufgenommen in den Vertrag werden die Standorte Bergpark Lohberg (Dinslaken) und die Halde Großes Holz (Bergkamen). Damit ist aus unserer Sicht nicht nur die Erhaltung der Pflegestandards im Emscher Landschaftspark gesichert, sondern auch dessen Erhalt und Weiterentwicklung als Regionalpark im Rahmen eines Freiraumkonzeptes Ruhr. Fraglich bleibt die Finanzierung einzelner Projekte, da das ÖPEL-Förderprogramm durch den grünen Umweltminister Rammel gestrichen wurde.

Einigkeit über den Erhalt der Route der Industriekultur

Mit der Annahme des Entwurfes des Trägerschaftsvertrages mit dem Land ist der Fortbestand der fünf Großstandorte der Industriekultur und der Route der Industriekultur für die nächsten zehn Jahre weitestgehend gesichert. Bereits heute steht jedoch schon fest, dass die Mittel perspektivisch nicht ausreichen werden, was wir sehr kritisch sehen. Ab 2017 werden für die Standorte Welterbe Zollverein, Landschaftspark Duisburg-Nord, Gasometer Oberhausen, Gebäudeensemble Jahrhunderthalle Bochum und Kokerei Hansa 5,6 Mio. Euro vom Land zur Grundsicherung und 3,9 Mio. Euro vom RVR für Instandhaltungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Nahverkehrspläne der Stadt Oberhausen und des Ennepe-Ruhr-Kreises verbessern

In den Stellungnahmen der Verwaltung des RVR zu den beiden Nahverkehrsplänen wurde auf eine weitere Verbesserung der Anbindungen zwischen den Angeboten des ÖPNV und dem Bahnverkehr gedrängt – deshalb haben wir zugestimmt. Die Stellungnahme mahnt eine bessere Kombination von Verkehrsmitteln an und besser aufeinander abgestimmte Taktzeiten über die eigenen Stadt- und Kreisgrenzen hinaus an. Allein in Oberhausen nehmen Fahrten, die die Stadtgrenzen überschreiten 50 % des Gesamtverkehrsaufkommens ein.

Radschnellweg 1 – Hier geht's nicht nur um schnelles Fahren per Rad

Die Finanzierung der Streckenführung des Radschnellweges 1 (RS 1) und dessen Unterhaltung ist durch die Änderung des Straßen- und Wegegesetzes NRW gesichert. Straßen.NRW wird zusammen

mit den Kommunen vor Ort die Finanzierung der Planung und Umsetzung der einzelnen Bauabschnitte regeln und teilweise selbst übernehmen. Die Planungs- und Bauleistungen der Städte Duisburg, Bochum, Dortmund und Hamm fördert das Land mit 85% bzw. 80%. Neben dem Bau der Strecke geht es aber bereits um mehr, nämlich um Fragen der städtebaulichen Entwicklungen entlang dem RS 1. Ein „Zukunftskonzept“, welches zusammen mit den zehn beteiligten Städten und dem Kreis Unna erstellt wird, soll im April 2017 beim Bauministerium des Landes eingereicht werden.

Zu wenig ESF-Mittel flossen von 2007-2013 in das Ruhrgebiet

Zur Kenntnis nahm die Verbandsversammlung eine Übersicht der Verwaltung über die EU-Fördermittel, die in der Förderperiode 2007 – 2013 in das RVR-Gebiet flossen. Die Übersicht, die das erste Mal erstellt wurde, weist 1,172 Mrd. Euro aus den drei EU-Struktur- und Investitionsfonds EFRE, ESF und ELER aus. Das sind 32 Prozent der Mittel, die in NRW durch die EU, das Land und die Antragsteller gemeinsam aufgewendet wurden.

Ohne die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wären weder der Em-scherumbau noch Projekte wie die Umgestaltung des Niederfeldsees in Essen-Altendorf oder Maßnahmen zur sozialen Umgestaltung in der Dortmunder Nordstadt umsetzbar gewesen. Andererseits weist die Übersicht auch nach, dass ins Ruhrgebiet nur 15,9 Prozent der NRW-Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geflossen sind. Bisher konnte niemand erklären, wieso das Ruhrgebiet gerade hier hinterherhinkt. Gerade diese Mittel sollen ja dazu dienen, etwas gegen die extrem verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in der Region zu bewirken. Hier lohnt es sich, in den Städten nachzuhaken, was überhaupt beantragt wurde.

Außerdem ...

Radwegebau an bestehenden Landstraßen- wo eigentlich im Ruhrgebiet?

Wieder einmal beschloss die Verbandsversammlung die gleiche Prioritätsliste mit 30 Maßnahmen zum Radwegebau an bestehenden Landstraßen, die aus dem gleichnamigen Fördertopf des Landes finanziert werden sollen. Für das Ruhrgebiet stehen hier jährlich 900.000 Euro zur Verfügung, seit Jahren werden die Mittel jedoch nur zu einem kleinen Teil verausgabt.

Auf diese unhaltbare Situation die seit mehreren Jahren besteht, haben wir unseren linken MdL Daniel Schwerd hingewiesen und ihn gebeten, im Rahmen einer Kleinen Anfrage im Landtag diese Förderpraxis zu hinterfragen. Das hat er auch schon umgesetzt, läuft!

Was steht bei der Krankenhausplanung eigentlich im Vordergrund? – Beispiel Gladbeck

Im Rahmen einer Anfrage wollten wir von den Bezirksregierungen wissen, welche Änderungen im Rahmen der Erstellung der Regionalplanungen für den Bereich der Perinatal-Zentren und Entbindungsstationen im Ruhrgebiet vorgesehen sind. Anlass dafür ist die Schließung der Entbindungsstation im St. Barbara-Hospital Gladbeck aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten, trotz steigender Geburtenzahlen.

Mit Blick auf die Kriterien Erreichbarkeit und Bedarfsgerechtigkeit, die laut Krankenhausplan NRW neben der Wirtschaftlichkeit zu Grunde gelegt werden müssen, halten wir dies für eine falsche Entscheidung. Die Antwort auf unsere Fragen in Kurzfassung: Man befinde sich noch im Abstimmungsprozess. Man habe die Pflicht den Datenschutz einzuhalten. Diese Antworten reichen uns nicht aus, deshalb werden wir in der kommenden Sitzung des Strukturausschusses weiter nachfragen.

Einige Pressemitteilungen ...

Ohne Bundes- und Landeshilfe kein Schuldenabbau

15.12.2016

Der heute vorgelegte Kommunalfinanzbericht des Regionalverbandes Ruhr (RVR) macht deutlich, dass die Ruhrgebietskommunen trotz des Stärkungspaktes Stadtfinanzen des Landes und der erhöhten Zuführung von Bundesmitteln aus der Finanzmisere nicht herauskommen. Das Defizit der Kommunen im Ruhrgebiet beträgt zwar nur noch 20 Mio. Euro, allein die Kassenkredite zur Liquiditätssicherung stagnierten 2015 jedoch wieder bei einem Volumen von 14,6 Mrd. Euro und lagen bezogen auf die Einwohnerzahlen vier Mal so hoch wie im Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer. Trotz des

niedrigen Zinsniveaus haben die Ruhrgebietskommunen im letzten Jahr noch 445 Mio. Euro allein an Zinsen gezahlt und sind „gute Kunden“ von Banken und Sparkassen.

„Ein besonders erschreckendes Schlaglicht auf die Finanzsituation der Ruhrgebietskommunen werfen Investitionen: Sie liegen mit 118 Euro pro Einwohner/in im Ruhrgebiet gerade einmal bei 46 % der durchschnittlichen Investitionen pro Einwohner/in in den westdeutschen Flächenländern (255 Euro),“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Die Folgen zeigen sich in einem mangelnden Unterhalt der Infrastruktur und weniger Neu-Investitionen als anderswo und wirken oft direkt auf die Lebensbedingungen in der Region. Ohne weitere Hilfen vom Bund und vom Land werden die Ruhrgebietskommunen ihren riesigen, in Jahrzehnten aufgehäuften Schuldenberg nicht abbauen können, zumal die Sozialkosten als Folge wachsender Langzeitarbeitslosigkeit und Armut weiter steigen.“

Der Kommunalfinanzbericht weist selbst darauf hin, dass die Gelder aus dem „Kommunalen Stärkungspakt“ des Landes NRW noch um 20 Mio. Euro unter den Zinsausgaben der Kommunen von 445 Mio. Euro in 2015 lagen. Sofern die Entwicklung positiv war, haben dazu vor allem die gute konjunkturelle Entwicklung mit hohen Steuereinnahmen und die niedrigen Zinsen beigetragen.

„Der rot-grüne ‚Stärkungspakt‘ hat die Kommunen zwar zu drastischen Kürzungen und Streichungen bei Personal und Leistungen gezwungen, aber keine Lösung der Probleme und erst Recht keinen Abbau der Altschulden gebracht“, so Wolfgang Freye weiter. „Gerade die Ruhrgebietskommunen brauchen eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen auf Bundesebene, die die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beseitigt und die Kommunen stärker an den Steuereinnahmen von Bund und Land beteiligt. Dabei muss die Zuteilung der Gelder an die einzelnen Länder und Kommunen stärker an der Höhe der Sozialausgaben gemessen werden. Ansonsten profitieren vor allem die finanzstarken Kommunen davon. Darüber hinaus muss auch endlich über einen Weg zur Entschuldung der Kommunen auf Bundesebene nachgedacht werden.“

Bedenken gegen Erweiterung der Fluggenehmigungen in Düsseldorf ernst nehmen 18.10.2016

Wie die Luftfahrtbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf mitteilte, haben zwischen Mai bis Juli 2016 im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung 40.770 Bürgerinnen und Bürger Einwände gegen die geplante Erweiterung des Flughafens Düsseldorf erhoben. Gerade 70 Stellungnahmen der 13.356 vorliegenden individuellen Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern sprachen sich für die Ausbaumaßnahmen aus. Damit haben die Einwände eine Größenordnung erreicht, die bei vergleichbaren Verfahren noch nie erreicht wurde.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) dazu: „Die hohe Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von 46 Behörden bzw. Trägern öffentlicher Belange zeigt eindeutig, dass die Erweiterung des Flugbetriebes und der Flughafenanlagen in der Region abgelehnt wird. Unsere Fraktion, die diese Pläne ebenfalls von Beginn an ablehnte, erwartet, dass die zuständige Behörde bei der Bezirksregierung Düsseldorf dieses Veto aus der Öffentlichkeitsbeteiligung ernst nimmt. Im Februar 2017 wird sich beim Erörterungstermin zeigen, welche Prioritäten das zuständige Amt bei der Bewertung der Einsprüche setzt.“

Die Fraktion DIE LINKE im RVR hat sich auf der letzten Verbandsversammlung – anders als die Ganz-GroßeKoalition aus CDU, SPD und Grünen – dafür ausgesprochen, die kritische Stellungnahme der Regionalplanungsbehörde des RVR nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern zu beschließen. Das war ursprünglich auch der Beschlussvorschlag der Verwaltung, der von der Mehrheit nicht mitgetragen wurde.

Weitere, ausführlichere Informationen, Berichte von Sitzungen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht.

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:
Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die dielinke@rvr-online.de.*

Impressum:
DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Gutenbergstr. 47; 45128 Essen
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334
Email: dielinke@rvr-online.de Internet: www.dielinke-rvr.de